# Aufwärts

**Bezugspreis:** Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

**Christliches Tageblatt**
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 68. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Freitag, den 21. März 1930. | 12. Jahrgang.


**Mußt du in dunkler Sorgenstunde**
**In tiefes Erdenleid hinein,**
**So wisse, daß auf dunklem Grunde**
**Am hellsten strahlt der Gnade Schein.**
Martin Ulbrich.

## Der Hindenburg-Erlaß.

Von Dr. Fritz Meier.

Der Reichspräsident Hindenburg hat unterschrieben. Aus seiner Stellungnahme kurz vor Annahme der Younggesetze war das schon zu schließen. Die Anhänger Hindenburgs, die ihn wählten in der Erwartung, er werde den Kurs der unentwegten Erfüllungspolitik ändern, sind enttäuscht.

Dennoch, Hindenburg hat das getan, was er persönlich für seine Pflicht hielt. Darum wird er auch bei uns in Achtung und Ehren bleiben. Wir wollen nicht richten und anklagen. Das ist unsere Sache nicht. Und zu einer persönlichen Anklage liegt kein Grund vor, denn jeder Mensch muß tun, was er für seine Pflicht hält. Die Mahnung Hindenburgs zur Einigkeit im Geiste der Vaterlandsliebe soll bei uns nicht tauben Ohren gepredigt werden. Gemeiner Parteihaß sei ferne von uns. Aber wir würden unsere Pflicht verletzen, wenn wir nun das, was geschehen ist, stumm als unabwendbares Verhängnis hinnehmen würden. Wir blicken mit Ehrfurcht auf Hindenburgs Pflichtgeist, aber wir bedauern, daß er es nicht für seine Pflicht hielt, jene furchtbaren Gesetze abzulehnen. Daß er persönliche Rücksichten nicht gelten läßt, gereicht ihm zu hoher Ehre. Aber es handelte sich nicht bloß um einen Namen, sondern um eine Sache.

Was Hindenburg **als Gründe für die Unterzeichnung** angibt, das sind dieselben, die die Regierung anführt. Auch dieser gegenüber haben wir immer den guten Glauben nicht bestritten und daher den Paragraphen 4 des Volksbegehrens zurückgewiesen. Aber wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß eine Regierung nicht irren könnte, wenn wir auch wissen, wie viel schwerer das Regieren als das Kritisieren ist. Die Regierung glaubt, und Hindenburg hat sich diesem Glauben angeschlossen, die Unterzeichnung sei das kleinere Uebel. Dabei werden Youngplan und Dawesplan gegenübergestellt. Das mag richtig sein, daß dieser noch unerfüllbarer ist als jener, aber beide sind unerfüllbar. Wenn ein Mann wie Schacht es nicht verantworten kann, sein Amt unter den jetzigen Umständen weiterzuführen, so gibt das zu denken. Ich traue diesem mehr Einblick in die Wirtschaft zu als allen Regierungsmitgliedern. Das ist freilich eine subjektive Meinung. Reichskanzler Müller gibt selbst zu, daß Kritik in manchen Punkten leider berechtigt sei. Wenn er meint, kein Mensch könne heute die Auswirkungen des Youngplans prophezeien, so scheint mir das nicht ganz haltbar zu sein. Wir können prophezeien, daß er unerfüllbar ist. 12 Milliaren Schulden und über 2 Millionen Arbeitslose! Läßt sich daraus nichts prophezeien? Die Hilflosigkeit der Regierung in der Frage der Sanierung der Finanzen, die verzweifelte Lage der Landwirtschaft, alles das sind Sturmzeichen. Die Unterschrift mag vielleicht die Krisis auf kurze Zeit hinausschieben, aber daß sie dadurch zu überwinden sei, ist leider undenkbar.

Unsere größte Sorge ist die, daß eines Tages der Zusammenbruch unvermeidlich wird und dann unser Volk sich im Bürgerkrieg zerfleischt. So freudig wir die Rheinlandräumung begrüßen, so wenig können wir darin allein einen greifbaren Fortschritt für unsere Zukunft erblicken. Die sichtbaren Ketten werden uns zum Teil abgenommen, aber die unsichtbaren bleiben bestehen. Nach den Erfahrungen **mit den Siegern von Versailles** ist uns der Optimismus des Reichskanzlers, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit wir nicht in Frage stellen, kaum begreiflich. Er äußert die bestimmte Erwartung, daß die Gegenseite ihre Verpflichtungen nicht minder ehrlich durchführt als Deutschland. Warum sollte sie auch die Versklavung Deutschlands nicht ehrlich durchführen wollen? Wenn aber ein Streit um die Auslegung eines Paragraphen entsteht, dann wird sie sicher nicht der deutschen Auffassung beitreten, dafür haben wir Beweise genug.

Das Traurigste an der ganzen Sache ist dies, daß wir freiwillig, wenn auch unter Druck, Verpflichtungen angenommen haben, die wir nicht einhalten können. Die Moratoriumsklausel nimmt uns keine Last ab, sondern gewährt uns nur eine kleine Atempause. Zwischen verantwortungsloser Katastrophenpolitik und sinnloser Erfüllungspolitik scheint uns doch noch ein Drittes möglich zu sein: Ein entschlossenes Nein gegenüber dem Unmöglichen und Unerhörten. Haben denn die Gegner sich nicht gewundert, daß wir zu allem Ja sagten? Wir nahmen in Versailles die Höchstforderungen an, während England mit unserem Widerstand rechnete. Snowden meinte im Haag, er könne nicht gut deutscher sein als die Deutschen. Wir setzen in Frankreich ein Vertrauen, das durch nichts gerechtfertigt ist. Jede energische Tat wird durch ängstliche Krisenfurcht unmöglich gemacht. Der Vorstoß in der Kriegsschuldfrage wurde abgeblasen, „um den Gegner nicht zu reizen". Wir suchen die Krisis zu vermeiden und führen unseren Volkskörper der Gefahr des Siechtums und Untergangs entgegen. Oder ist das nur unbegründete Schwarzseherei?

Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß wir irrten und Hindenburg recht behielte. Im Ziel sind wir uns mit ihm völlig einig. Die Zukunft wird lehren, ob der Weg, den Hindenburg nun beschritten hat, dem Ziele näher führen wird oder nicht. Daran zu zweifeln, wird uns niemand verargen können trotz aller Ehrfurcht gegenüber der Person eines Hindenburg.

## Englische Verlegenheiten.

„Endet die Londoner Konferenz nur im leeren Wortschwall (Bunk)?", so überschreibt „Foreign Affairs" seine letzte Monatsnummer. Das Blatt will zunächst mit Gewalt behaupten, daß die Konferenz doch einen großen Fortschritt gebracht hätte. Noch vor zwei Jahren sei die Gefahr eines englisch-amerikanischen Konfliktes bezüglich der Marineprogramme dagewesen und damit die im Hintergrund lauernde Gefahr eines Krieges zwischen diesen beiden Mächten. Jetzt sei diese „satanische" Möglichkeit ausgeschaltet. Das britische Kreuzerprogramm sei wesentlich reduziert worden und ein ernsthafter Versuch sei gemacht, die Unterseebootwaffe, wenn nicht abzuschaffen, **so doch zu beschränken. Es wird aber gleich hinzugefügt,** daß diese Erfolge im Grunde sehr wenig bedeuteten. Durch das französische Memorandum werde Frankreich zu einer erstklassigen Marinemacht, obwohl es nebenher noch die erste Militärmacht zu Lande und in der Luft sei. Dies sei aber nicht die einzige Bombe, welche in die Konferenz hineingefallen sei. Fast ebenso stark hätte die Ankündigung Amerikas gewirkt, daß es ein Panzerschiff bauen wolle, das größer sei als irgendeine schwimmende Festung, die die Welt jemals gekannt habe. Es ist kein Wunder, daß man nun auf Seiten der Anhänge der Labour-Regierung in stärksten Worten seine Enttäuschung ausdrückt. Die Extremen verlangen, daß die ursprünglichste Forderung Norman Angells, nämlich die der gänzlichen Entwaffnung, durchgeführt werde. Deutschland, so heißt es da, befinde sich gerade durch seine Waffenlosigkeit in guter Sicherheit (!?). Ein Feind, dem man keinen Widerstand entgegensetzt, das habe die Geschichte der Ruhrbesetzung gezeigt, könne ja im Grunde gar nichts anfangen. Warum sollte Großbritannien nicht denselben Weg im Ernst versuchen? Es ist selbverständlich, daß solche Ideen von der konservativen Seite her als illusionistisch angesehen werden und daß man von dort her der Labourregierung den Vorwurf einer unsicheren und gefahrvollen Politik macht.

Ein Hellseher hat vor kurzem erklärt, binnen 18 Monaten werde zwischen Frankreich und England Todfeindschaft bestehen. Auch ohne die Gabe des Hellsehens kann man dies für sehr wahrscheinlich halten. Der Schachzug Frankreichs, vor der Herabsetzung seines Flottenprogramms eine Bürgschaft für seine Sicherheit von den beteiligten Großmächten zu verlangen, war klug, aber auch durchsichtig. Man wußte von vornherein, daß diese Garantie von Amerika nicht gegeben werden konnte. Nun kann man behaupten, daß man der Sicherheit wegen nicht abrüsten dürfe. Auch ein siebenfacher Panzer kann das frierende Herz der Furcht nicht erwärmen. Vielleicht ist aber die Furcht gar nicht so groß wie die Sehnsucht, die in Frankreich die erste Militärmacht der Welt sehen möchte. Und diese erste Militärmacht als Nachbar Englands, für welches das Meer (U-Boote, Luftkrieg) kein Schutz mehr ist! Läßt sich die Bedrohung, die England früher von Deutschland her zu befürchten meinte, mit dieser Bedrohung überhaupt noch vergleichen? So wird die Konferenz, die unter dem Motto „Abrüstung" zusammengetreten ist, voraussichtlich damit enden, daß man die Waffen schärft, die man ablegen wollte.

Woher kommt dieses fruchtlose, monatelange Reden und Arbeiten, während doch scheinbar die öffentliche Meinung der beteiligten Völker auf die Abschaffung des Krieges heraus ist? Doch nur daher, weil man zwei Grundsätze miteinander vereinigen will, die sich zueinander verhalten wie Feuer und Wasser, nämlich den einen, daß die eigene Herrschsucht allem voranstehen soll und den andern, daß man Friede haben will, ohne diese Herrschsucht zum Opfer zu bringen. Muß noch ein neuer furchtbarerer Weltkrieg als der vorige kommen, ehe die Völker die Stimme Christi hören, der allein — auch in der Politik der Völker — das erlösende Wort zu sprechen vermag? W—m.

## Generalsynode.

Ob die Synode wirklich am Mittwoch, den 12. März — wie geschehen — zum Abschluß kommen sollte, hing davon ab, ob es gelingen würde, die schwierigste Aufgabe der diesmaligen Tagung, das Kirchengesetz betreffend Ordnung des kirchlichen Lebens, zum Abschluß zu bringen. Zwei Wochen hatte der Ausschuß für innerkirchliches Leben unter der Leitung des Generalsuperintendenten D. Kähler, an dieser Vorlage gearbeitet; ein völlig veränderter Entwurf wurde der Generalsynode endlich vorgelegt.

Worin lag die Schwierigkeit? Man kann sagen: schon im Namen. Das Gesetz ist aus der Not geboren; seit einem Jahrzehnt herrscht in der Kirche bei der Handhabung der Amtshandlungen eine geradezu heillose Unordnung. Die alten Gesetze aus den achtziger Jahren — einige sind schon über hundert Jahre alt — passen nicht mehr in unsere Tage. Kein Wunder, daß Gemeinden und Synoden zur Selbsthilfe schritten. Der eine Pfarrer tauft die Kinder Ausgetretener, der andere nicht, der eine beerdigt Selbstmörder, der andere nicht. Synoden und Gemeinden hatten deshalb die Generalsynode bestürmt, dieser Willkür ein Ende zu machen.

Aber Wie? Wie sollte man den äußersten Westen mit dem fernen Osten, die Bedürfnisse der Stadt mit denen des Landes in Einklang bringen? Soll man ein **Gesetz mit Paragraphen und Strafbestimmungen machen?** Müssen solche Dinge nicht seelsorgerlich behandelt werden, von Fall zu Fall nach bestem Wissen und Gewissen?

Man hat versucht, diesen berechtigten Einwänden Rechnung zu tragen. Das Gesetz heißt und ist nicht Kirchenzucht, sondern es ist mehr eine in verständlicher Sprache gegebene Richtlinie, eine oft in seelsorgerlicher Weise zuredende Ansprache an die Gemeinden geworden, die auch den bestehenden Brauch so weit wie möglich erhält, Freiheit läßt, aber doch feste Grundlinien zieht, oft nicht dem Pfarrer, sondern den Gemeindevertretern die Entscheidung zuschiebt. Neben dieser „Ordnung des kirchlichen Lebens" steht nun ein besonderes Gesetz mit vier kurzen Paragraphen, das diese Ordnung mit kirchengesetzlicher Kraft versieht.

Viele werden diesem Gesetz gegenüber dieselbe Empfindung gehabt haben wie ich und zwar auf Grund meiner pfarramtlichen Praxis und Erfahrungen während meiner Superintendentur: Die Unordnung und Willkür schafft Bitterkeit, eine Gemeinde spielt die Praxis der anderen Gemeinde gegen den Pfarrer aus und es gibt Reibungen, die die seelsorgerliche Wirksamkeit des Pfarrers gänzlich unterbinden. Deshalb sollte man nicht auseinandergehen, ohne irgendetwas geschaffen zu haben. Viele andere meinten freilich, die Fragen seien noch nicht spruchreif — aber werden sie es auf der nächsten Synode sein? Andere meinten, die Weisungen seien theologisch nicht genügend geklärt. Aber man wollte ja der Gemeinde keine Glaubenslehre in die Hand geben, auch keine gelehrte Ethik, sondern eine Regel, von der man allerdings hoffte, daß sie einmal auf die Bildung einer christlichen Sitte günstig wirken werde. Man hat deshalb die Artikel nicht überschrieben: „Die Taufe", sondern: „Von der Taufe", „Von der Erziehung", „Von den Gottesdiensten", „Von der Bestattung", „Von der Trauung". Man braucht diese Themen ja nur zu hören, um zu wissen, wie tief diese Ordnung in das tägliche Leben der Gemeinden einschneidet.

Ganz besonders war das bei der Aussprache über die Trauung fühlbar. Viele Vertreter des Ostens legten größten Wert darauf, daß bei der Trauung, auch bei der Ankündigung, bei dem Namen der Braut ausdrücklich das Wort „Jungfrau" beibehalten werde. Man meinte, man könne damit die Reinheit des Brautstandes schützen. Es waren aber nicht nur die Vertreter von Industriegemeinden, sondern auch viele Kenner ländlicher Verhältnisse, welche dringend die Beseitigung solcher Aussagen wünschten, weil sie unter Umständen dem Pfarrer eine offensichtliche Unwahrheit zumuten.

Im Uebrigen ist nun endlich Ausgetretenen und den Kindern der weltlichen Schulen gegenüber bei Taufe und Konfirmation, bei der Patenschaft eine einheitliche Regelung getroffen — und das ist ein Fortschritt. Für das Zustandekommen des Gesetzes hat sich besonders auch der geistliche Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrates, D. Burghardt, eingesetzt, keiner hat das Gesetz so

gründlich durchgedacht wie er. Er hat besonders immer von neuem darauf hingewiesen, daß alle diese Ordnungen die Gemeindeglieder zunächst auf ihre innersten Anliegen hinweisen. Klassisch finde ich zum Beispiel den Satz über die Trauung: „Evangelische Christen heiligen ihren Ehebund, indem sie gemeinsam vor Gottes Angesicht treten, seinen Segen erbitten und ihm geloben, daß sie ihre Ehe nach seinen Geboten führen und sich die Treue halten wollen, bis der Tod sie scheidet." Daß manche solche Sätze, bei denen jedes Wort sorgfältig abgewogen ist, aus anderen bereits erprobten Ordnungen genommen sind, halte ich für einen Vorzug.

Dennoch war vielen der Ton des Ganzen noch zu verwaltungsmäßig. Man beauftragte deshalb den Kirchensenat, noch eine besondere, volkstümliche Ausgabe dieser Ordnung zu schaffen, in welcher die mehr seelsorgerlichen Ratschläge zusammengefaßt werden sollten. Hoffentlich findet sich ein Mann mit einer volkstümlichen Feder, der diese schwierige Aufgabe lösen kann.

So hat die 9. Generalsynode fünf neue Kirchengesetze geschaffen, wenn man die wichtige Erweiterung des sozialen Kirchengesetzes hinzunimmt, welches u. a. die weitere Anstellung sozialer Berufsarbeiter ermöglicht, und den Gemeinden zur Pflicht macht. Neue große Aufgaben liegen vor der nächsten Synode. Noch schweben die Verhandlungen mit dem Staat, noch haben wir kein Schulgesetz und die Kirche selbst bedarf dringend einer neuen Agende, deren Entwurf übrigens zu einem großen Teil schon fertiggestellt ist.

Ohne Gesetze kann eine so große Gemeinschaft von Menschen nicht leben und alle Gesetze tragen den Stempel menschlicher Unvollkommenheit. Die Kirche lebt nicht von ihren Gesetzen, die sie mühselig schuf, sondern allein von der lebendigen Predigt des Evangeliums und von der Tat der Liebe, die aus dem Glauben der Gemeinde herausgeboren wird. Darum waren die wichtigsten Augenblicke in der Synode die stillen Viertelstunden, in denen die Synode in gemeinsamem Gebet vor jeder Vollsitzung die Anliegen der Kirche vor Gott brachte.

D. Simon.

# Die Kosten der Wehrmacht

— Berlin, 20. März.

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat nunmehr die ersten Teile des neuen Haushaltsplanes zur Beratung zugeleitet. Der Gesamt-Etat steht aber noch aus, weil wichtige Kapitel des neuen Reichshaushalts gegenwärtig noch den Regierungen der deutschen Länder zur Begutachtung vorliegen. Die abschließende Stellungnahme des Reichsrats ist unter diesen Umständen frühestens für Mitte April zu erwarten. Dementsprechend wird sich auch die Etatsberatung im Reichstag verzögern.

Von den einzelnen Etatskapiteln sieht der Haushaltsplan des Reichswehrministeriums Ausgaben in Höhe von 700 Millionen Mark vor. Das sind die Gesamtaufwendungen Deutschlands für Landheer und Marine; die Aufwendungen für das Landheer, die 1929 stark gedrosselt worden waren, sind in der Regierungsvorlage für 1930 um 9,8 Millionen Mark wieder erhöht worden; am Marineetat sind gegenüber 1929 Abstriche vorgenommen worden, so daß die Gesamtaufwendungen für die deutsche Wehrmacht 1930 um etwa 35 Millionen Mark geringer sein werden als im Vorjahre.

# Vergessen Sie die Werbung für den „Aufwärts" nicht!

Die Reichsregierung hat dem Wehretat die Bemerkung vorweggeschickt, weitere Abstriche an den Ausgabesätzen seien nicht möglich. Ferner wird darauf verwiesen, daß der Haushaltsplan des Reichswehrministeriums auch eine ganze Reihe einmaliger Ausgaben enthält, z. B. 30 Millionen Mark für die Ausbesserung der Landesbefestigungen und 42,2 Millionen Mark Folgeraten für Schiffsbauten und die Armierung genehmigter Neubauten.

Während das zweite Panzerschiff B, das das veraltete Linienschiff „Lothringen" ersetzen soll, im neuen Etat überhaupt nicht erwähnt wird, werden für den Panzerkreuzer A — Ersatz „Preußen" — 9,7 Millionen Mark als dritter Teilbetrag und 8,5 Millionen Mark für die Ausstattung des Schiffes mit Geschützen und Torpedos angefordert. Dazu tritt der vierte Teilbetrag für den Bau des Kreuzers „Leipzig" in Höhe von 7,7 Millionen Mark und der zweite Teilbetrag für den Bau des Artillerieschulbootes Ersatz „Drache" in Höhe von 4,8 Millionen Mark. Weitere Beträge verteilen sich auf Schiffe, deren Torpedoarmierung vervollständigt oder neu ausgeführt werden muß.

Vergleicht man die deutschen Aufwendungen für Heer und Marine mit den französischen, dann kommt man zu der Feststellung, daß Deutschland etwa 4 v. H. seiner Gesamtausgaben für das Heer verwendet, Frankreich dagegen 27 v. H.! Die Gesamtausgaben Frankreichs für die Wehrmacht betragen 1930 rund 3 Milliarden Goldfranken gegenüber 2,1 Milliarden Goldfranken 1913.

Während die gegenwärtige Gesamtstärke des französischen Heeres ungefähr mit der Kopfstärke von 1912 übereinstimmt, abgesehen von den Offizieren, deren Zahl eine Vermehrung erfahren hat, sind die Heeresausgaben im einzelnen seit 1912 sprunghaft in die Höhe geklettert. Vor allem gilt das für die einmaligen Ausgaben für Materialbeschaffungen und für Grenzbefestigungen, wie ja Frankreich bekanntlich im Zeitraum weniger Jahre ein gewaltiges Befestigungswerk an der deutschen Grenze errichten will.

Von Interesse sind auch die Bereitstellungen erhöhter Beträge für Uebungen durch das neue französische Etatsgesetz, die zeigen, wie sehr Frankreich bestrebt ist, durch die Heranziehung zahlreicher Reservisten zu den Uebungen die Wehrkraft des Landes zu schulen. Während 1929 rund 16 000 Offiziere und 210 000 Mann zu Uebungen eingezogen wurden, sollen 1930 230 000 Mann Uebungen ableisten. Im Verlaufe der nächsten Jahre soll diese Zahl noch weiter heraufgesetzt werden, bis endlich jährlich 500 000 Mann des Beurlaubtenstandes an den Herbstmanövern teilnehmen.

In Zusammenhang mit diesen Maßnahmen steht auch die Herabsetzung der Dienstzeit. Vom Oktober 1930 ab müssen die französischen Soldaten nur noch ein Jahr dienen — bisher 18 Monate — auch erfolgt die Einziehung erst mit dem 21. Lebensjahr. Ungünstige Rückwirkungen auf die militärische Qualität sollen aber nicht nur durch die Vermehrung der Uebungen ausgeschaltet werden, sondern gleichzeitig auch durch eine gründlichere Ausbildung der Jugend.

# Wohnungsbau mit zinsfreiem Gelde.

In letzter Zeit ist die Frage der kollektiven Bausparkassen mehr denn je in den Vordergrund getreten. Das private kollektive Bausparen hat besonders von amtlicher Seite Beachtung gefunden und die ernstzunehmenden Bausparkassen werden von den Behörden bereits als Wirtschaftsfaktor bei der Aufstellung ihres Wohnungsbauprogramms berücksichtigt. Das Reich wird in kurzer Zeit ein Bausparkassengesetz herausgeben, das eine grundsätzliche Regelung der Bausparkassen herbeiführen wird.

Die Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft Darmstadt, kurz D.B.S genannt, ist die erste und größte Genossenschaft auf dem Gebiete der zinsfreien Darlehensvergebung. Bei ihrer letzten Darlehenszuteilung im Dezember 1929 sind wiederum 125 Darlehen vergeben worden. Die seither vergebene Zahl der Darlehen beträgt nunmehr 1572 in einem Gesamtbetrage von 22 bis 23 Millionen Reichsmark.

Die D.B.S. hat sich zur Durchführung des zinsfreien Baugedankens entschlossen, weil: 1. das Zinsgebahren eine unnötige Belastung des Systems darstellt; 2. in einer Selbsthilfegemeinschaft gleiche Not leidender Volksgenossen das Zinsnehmen unangebracht ist; 3. die finanzielle Not des deutschen Volkes an und für sich die Einschränkung der Zinsnahme aus sozialethischen Gründen fordert und 4. die D.B.S. nicht auf Erzielung von Gewinnen hinarbeitet, damit alle Gelder der Darlehenzuteilung zugeführt werden können.

Die Generalversammlung von 1929 hat die neuen Bestimmungen genehmigt, die für die weitere Entwicklung der D.B.S. von grundlegender Bedeutung sind. Diese ermöglichen auch den Ankauf von Wohnhäusern. Die Darlehensgnwartschaft tritt ein, wenn 10 Prozent des beantragten Darlehens vom Bausparer eingezahlt sind. Hierdurch wird eine wesentliche Beschleunigung des Bautempos erreicht. Der allgemeine Spartarif sieht einheitlich als monatliche Mindestleistung 1½ Prozent der beantragten Darlehenssumme vor, Mehrleistungen werden besonders gewertet.

*

Der Eigenheim-Bund Niedersachsen e. V., Hannover gibt seinen Jahresbericht bekannt. Danach wurde der Bund im Juli 1928 mit 822 Mitgliedern ins Leben gerufen. Ende 1929 betug die Mitgliederzahl 7 351 und gegenwärtig ist sie auf rund 10 300 angewachsen. Bis zum 11. 1. 1930 wurden insgesamt 464 zinslose Darlehen für Bau- und Entschuldung im Werte von 5,8 Millionen Reichsmark zugeteilt. Am Tage vor der Jahreshauptversammlung fand eine neue Zuteilung statt, in der weitere 253 zinslose Darlehen zur Verteilung gelangten, so daß jetzt insgesamt 717 Darlehen im Gesamtwerte von rund 8,7 Millionen Reichsmark vergeben werden konnten. Der Geldeingang im Januar 1930 belief sich auf 1 259 000 RMk.

### Blockadeübungen vor Toulon.

* Das französische Mittelmeergeschwader führt gegenwärtig große Manöver an der französischen Küste aus. Am Mittwoch übte die Flotte die gewaltsame Blockade der Reede von Toulon. An den Manövern nahmen auch zahlreiche Offiziere des Landheeres teil.

## Macht Hausmusik!

Von W. Trittelwitz.

Neulich fiel in der Eisenbahn mein Blick auf ein buntes Reklameschild an der Wand. Ich mag die aufdringlichen Bilder sonst gar nicht leiden, denn meistens preisen sie doch nur Sekt, Schnaps, Likör und andere höchst überflüssige Dinge an. Aber diesmal las ich mit Freuden die Worte: „Macht Hausmusik mit Instrumenten aus Markneukirchen in Sachsen!" Markneukirchen ist ein Ort, der Musikinstrumente aller Art hervorbringt. Ich kann sie empfehlen. Sie sind gut und billig. Liebe Mitmenschen, gebt euer Geld nicht für Kulturgifte aus, wenn sie euch auch von den Wänden der Eisenbahnabteile noch so stark angepriesen werden! Kauft euch lieber eine Geige, eine Laute oder eine Flöte und macht Hausmusik!

Zwei hoffnungsvolle Anfänge auf dem Gebiete der Hausmusik habe ich in letzter Zeit beobachtet. Ich möchte sie bekannt machen, damit sie Nachahmung und Mitwirkung finden.

### Dilettant und Künstler.

Ich war Sekundaner auf dem Gymnasium in Stralsund und hatte vor kurzem angefangen, Geige zu spielen. Da kam Pablo de Sarasate in unsere Stadt und gab ein Konzert. Für 50 Pfennig kaufte ich mir eine Eintrittskarte und dann saß ich da mit offenen Augen und Ohren und staunte den Künstler an. Ja, so hatte ich ihn mir vorgestellt! Schwarze, funkelnde Augen, dunkle Künstlerlocken und dabei ein Geigenspiel — unbeschreiblich! Der Bogen tanzte nur so über die Saiten. Wie ein Hagelwetter prasselten die Töne über uns hin und waren doch so klar und durchsichtig wie Tautropfen. Die eine kleine Geige schien anzuwachsen zu einem ganzen Orchester. Ich war hingerissen! Nach dem Schluß des Konzertes stürzte ich nach Hause und fing wie wild an zu üben. Drei Tage lang brannte dieses Feuer der Begeisterung. Dann kam die Enttäuschung. „Ein Künstler werde ich doch nicht," dachte ich und rührte meine Geige eine ganze Woche lang überhaupt nicht an. Ein tiefer Abgrund gähnt zwischen dem Künstler, für den es keine technische Schwierigkeiten gibt, und den Dilettanten, der, wenn er die Musik auch noch so lieb hat, die Füße doch nie ganz aus dem Sumpf der Stümperei herausbekommt. Darum hat der Künstler für den Dilettanten immer etwas Entmutigendes.

Als Student hatte ich einmal Gelegenheit, das Joachimsche Streichquartett zu hören. Unauslöschlich haben sich mir die Namen der vier Männer eingeprägt, die sich zusammengetan hatten, um überall in den deutschen Städten die Menschen durch ihr Spiel zu erfreuen. Joachim, De Ahna, Wirth und Hausmann hießen sie. Das war eine andere musikalische Welt als die, in der Sarasate sich meistens bewegte. Er spielte mit Vorliebe seine eigenen Kompositionen, und die waren voller technischer Kunststücke, aber nicht gerade tief. Hier aber klangen die Werke der alten Meister, Haydn, Mozart und Beethoven an mein Ohr. Ob ich wohl einmal lernen würde, in einem Streichquartett von Beethoven die Bratsche so zu spielen, daß der große Meister sich nicht im Grabe umzudrehen brauchte? Da mit einem Mal — was war das? Der Professor Joachim mußte unvermittelt einen ganz hohen Ton auf der E-Saite greifen und — griff gehörig daneben. Eine Bewegung ging durch die Zuhörer, Köpfe wurden geschüttelt. „Ja," hieß es nachher, „man merkt, daß die Herren eben erst aus den Ferien kommen und noch nicht wieder ordentlich geübt haben!" Mir aber fiel ein großer Stein vom Herzen. Die vier Künstler kamen mir mit einem Mal so menschlich nahe: Selbst Joachim kann vorbeigreifen! Ich war ihm ordentlich dankbar für den Mißton, denn er wurde zu einer Brücke zwischen uns beiden. Nun brauchte ich mich nicht mehr zu schämen! Vielleicht ist der Abgrund zwischen Künstler und Dilettant doch nicht unergründlich.

In Bethel liegt ein Haus, das heißt „Abendfrieden". Es ist das schönste Heim für alte Diakonissen, das ich kenne. Jede wohnt in ihrem eigenen gemütlichen Stübchen. Aber auch ein Saal ist in dem Hause, in dem Gottesdienst gehalten werden kann. Man kann den Altarraum durch eine Holzwand abschließen. Dann hat man einen wunderschönen kleinen Konzertsaal. Dort sammelten sich an einem Spätnachmittag die alten Schwestern, und wir stellten unsere Notenpulte auf, um ihnen ein wenig Streichquartett vorzuspielen. Haydn und Mozart sollten sie hören. Zwei von meinen Kindern saßen an der zweiten Geige und an der Bratsche. Ich selber mußte Cello spielen, denn die erste Geige, an die ich mich im Familienkreise wohl heranwage, überließ ich diesmal mit Freuden einer Künstlerin. Sie war die Lehrerin meiner Kinder. Auf ihren Wunsch hin veranstalteten wir diese musikalische Feierstunde für die alten Schwestern, und von ihrer kundigen Hand wurden wir geführt. Wir hatten vorher tüchtig geübt. In diesem Augenblick aber wuchsen wir fast über uns selbst hinaus. Sogar über die gefährliche Stelle im Finale, bei der ich noch bei der letzten Probe beinahe entgleist wäre, kam ich diesmal mit Schwung hinüber. Wir wurden fortgerissen, und die alten Schwestern haben sicherlich keinen Unterschied gemerkt zwischen unserem und irgendeinem Künstlerquartett, denn unser Dilettantismus wurde durch unsere Führerin in die Höhe gehoben.

Es muß Streichquartette geben, bei denen jeder Mitwirkende ein Künstler ist. Sie haben eine Aufgabe zu erfüllen. Aber mit großer Freude begrüße ich auch den neuen Gedanken, den die Führerin unseres Hausquartettes jetzt zu verwirklichen sucht. Grete Ludorff aus Münster-Bielefeld hat eine Quartettvereinigung gegründet, in der sie die einzige Geigerin von Beruf ist. Die andern drei Mitwirkenden sind Dilettanten und haben in ihrem bürgerlichen Beruf alle Hände voll zu tun. Aber was ihnen der Beruf an Zeit und Kraft übrig läßt, das geben sie der Musik. Mit dem, was sie erarbeitet haben, möchten sie nun nicht nur im engsten Kreise bleiben, sondern auch andere daran teilnehmen lassen. Darum geben sie ein Konzert. Haydn, Dvořák und Mozart stehen auf dem Programm. Als Erklärung fügen sie hinzu: „Die Ausführenden wollen als Musikfreunde zur Pflege und Verbreitung der Streichquartettliteratur beitragen. Sie sehen ihre Aufgabe darin, künstlerisch gestaltete Hausmusik weiteren Kreisen zugänglich zu machen."

„Künstlerisch gestaltete Hausmusik", das ist der neue Gedanke, mit dem ein so hoffnungsvoller Anfang jetzt gemacht wird. Es scheint mir ein edles Streben zu sein, wenn der Künstler nicht nur dem Dilettanten etwas vorspielt und ihn dadurch zugleich ermutigt und entmutigt, sondern wenn der Künstler dem Dilettanten die Hände reicht, um ihn weiter hinauf zu führen auf dem Wege zur Kunst. Ein solches Unternehmen hat ein gutes Recht neben den Quartettvereinigungen, die nur aus Künstlern bestehen. Bei einem solchen gemischten Quartett können auch die Eintrittspreise geringer sein, und das hat für die Zuhörer gerade in unserer Zeit etwas zu bedeuten. Darum wünsche ich dem Konzert, das am Sonntag, den 23. März in Bielefeld im „Haus der Technik" vormittags um 11½ Uhr gegeben werden soll, einen reichen Besuch und eine verständnisvolle Aufnahme. (Karten zu 2,50 Mk. in der Buchhandlung Fischer, Obernstraße.)

# Konflikt mit Thüringen.

**Severing veranlaßt die Einstellung von Reichszahlungen an Thüringen.**

— Berlin, 20. März.

Der Reichsminister des Innern, Severing, hat an das Thüringische Staatsministerium folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf mein Schreiben vom 17. Februar habe ich bis heute eine Antwort nicht erhalten, dagegen hat nach bisher unwidersprochenen Zeitungsmeldungen das Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums, Herr Minister Frick, in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne. Diese Haltung des Herrn Staatsminister Frick hat mich veranlaßt, für den Geschäftsbereich meines Ministeriums Anordnung dahin zu treffen, daß Anfragen und Schreiben des Thüringischen Staatsministeriums nicht früher beantwortet werden, bis eine Antwort auf mein Schreiben, auf die ich übrigens keineswegs warte, eingegangen ist.

**Gleichzeitig sind die zuständigen Stellen meines Ministeriums angewiesen worden, alle Ueberweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringen einstweilen einzustellen.**

Schließlich mache ich darauf aufmerksam, daß mir Nachrichten zugegangen sind, die begründete Zweifel darüber erwecken, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke von seiten des Thüringischen Staatsministeriums noch erfüllt sind. **Ich bin daher nicht in der Lage, weitere Zuschußzahlungen anzuweisen, wenn nicht vom Thüringischen Staatsministerium der bündige Beweis dafür erbracht werden kann, daß von ihm die Grundsätze für die Gewährung des Reichszuschusses in vollem Umfange beobachtet werden.**“

## Die Vorgeschichte des Konflikts.

Das Vorgehen des Reichsinnenministers gegen Thüringen bzw. den der Nationalsozialistischen Partei angehörenden thüringischen Staatsministers Frick wurde in parlamentarischen Kreisen eingehend erörtert. Da es sich bei der Sperrung der Reichszahlungen um einschneidende Maßnahmen handelt, nimmt man an, daß Severing vorher die Zustimmung des Reichskabinetts zu seiner Aktion eingeholt hat.

Was das von Severing erwähnte Schreiben vom 17. Februar betrifft, handelt es sich hierbei um eine Anfrage, ob der Jugendbund „Adler und Falken“, dessen Mitgliedschaft Oberstudiendirektor Siefert seinen Schülern verboten hatte und weswegen er von Frick gemaßregelt worden war, nicht doch gegen die Reichsverfassung verstoße.

Die Sperrung der Polizeizuschüsse dürfte mit den von der sozialdemokratischen Presse in großer Aufmachung gebrachten Meldungen in Zusammenhang zu bringen sein, nach denen Staatsminister Frick die thüringische Polizei in eine „nationalsozialistische Kampftruppe“ umzuwandeln bemüht sein soll.

*

**Severings Vorgehen gegen Frick.**

— **Berlin**, 20. März. Das Vorgehen des Reichsinnenministers Severing gegen den nationalsozialistischen thüringischen Innenminister Frick findet in der Berliner Oeffentlichkeit stärkste Beachtung. Wie verlautet, ist das Schreiben des Reichsinnenministers selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Reichskanzler abgesandt worden. Sollte die Sperrung der finanziellen Zuschüsse — das Reich bezahlt nicht weniger als 85 v. H. der thüringischen Polizeikosten — nicht die gewünschte Wirkung haben, dann werde die Reichsregierung auch vor entschiedeneren Maßregeln, insbesondere der Ernennung eines Reichskommissars für Thüringen, nicht zurückschrecken.

# Notaktion für die Landwirtschaft

**Reichsernährungsminister Dietrich vor der Presse. — Einbringung der Hilfsanträge im Reichstag.**

— Berlin, 20. März.

Reichsernährungsminister Dietrich-Baden gab vor der Presse Erklärungen über die Notwendigkeit sofortiger Hilfsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft ab. Eingehend schilderte der Minister die katastrophalen Verhältnisse auf den Getreidemärkten und betonte dabei, die entscheidende Aufgabe sei die Stützung der Roggenpreise. Notwendig sei aber auch die Förderung des Weizenbaues, bei der es darauf ankomme, daß die deutsche Landwirtschaft zwei Millionen Tonnen Roggen weniger und zwei Millionen Tonnen Weizen mehr anbaue. Beeinträchtigt worden seien die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft dadurch, daß Deutschland erst mit der Kündigung des Schwedenvertrags freie Hand bekommen habe.

Hinsichtlich der Einzelheiten der landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen haben sich die Regierungsparteien auf die Einbringung folgender Anträge im Reichstag geeinigt:

**Der Weizenzoll soll um 2,50 Reichsmark auf 12 Reichsmark je Doppelzentner erhöht werden. Beim Roggen bleiben die bisherigen Zollbestimmungen bestehen. Der Gerstenzoll soll auf 10 Reichsmark heraufgesetzt werden, mit der Möglichkeit einer Zollermäßigung auf 2 Reichsmark, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Käufer ein bestimmtes Quantum Roggen zur Verfütterung erworben hat. Wer einen Zentner Roggen zu Futterzwecken kauft, hat demnach die Berechtigung, zwei Zentner Gerste zu verbilligten Zollsatz von 2 Reichsmark einzuführen.**

Hafer, der bisher einen festen Zoll von 6 Reichsmark je Tonne hatte, wird nunmehr auch variabel gestaltet, und zwar soll die Zollspanne 4 bis 12 Reichsmark betragen. Der Mehlzoll soll auf das anderthalbfache des entsprechenden Getreidezolles gesetzt werden, zuzüglich einer Preisschutzspanne von 5,25 Reichsmark je Doppelzentner. Kleie soll mit einem Zoll belegt werden von jeweils der Hälfte des in Geltung befindlichen Getreidezolls, ausgenommen Weizenkleie.

Die Zollfestsetzung soll in Zukunft errechnet werden auf der Grundlage des Durchschnittspreises von vier Monaten, während bisher drei Monate die Grundlage bildeten.

Beim Weizen ist eine sogenannte Katastrophenklausel eingefügt worden, die besagt, daß Regierung, Reichsrat und ein Reichstagsausschuß ermächtigt sind, den Zoll weiter heraufzusetzen, wenn der Weltmarktpreis bis 40 Prozent unter den am 18. März geltenden Preis herabsinkt. Der Kartoffelzoll soll vom 15. Februar bis 31. März statt 4 Reichsmark 20 Reichsmark betragen. Diese Maßnahme richtet sich gegen die Einfuhr der als Luxusgenußmittel betrachteten sogenannten Maltakartoffeln.

**Der Zuckerzoll wird von 25 auf 32 Mark für den Doppelzentner erhöht. Gleichzeitig tritt eine (zur Zeit wegen des niedrigen Zuckerpreises nicht effektiv werdende) Ermäßigung des deutschen Zuckerhöchstpreises an der Magdeburger Börse von 42 bis 44,70 Mark pro Doppelzentner auf 41 bis 43,70 Mark pro Doppelzentner ein.**

Für Mais ist die öffentliche Bewirtschaftung vorgesehen, und zwar unter Beteiligung und Einschaltung des Handels. Bekanntlich ist der Maiszoll im Handelsvertrage mit Jugoslawien mit 25 Mark pro Tonne gebunden. Da Jugoslawien selbst wenig Mais nach Deutschland importiert, wird es durch diese Maßnahmen nicht sonderlich berührt, zumal Vorsorge getroffen werden soll, daß man sich mit Jugoslawien verständigt.

**Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung der neuen Zollsätze soll der Reichsregierung überlassen bleiben.**

*

## Das Agrarprogramm der Opposition.

In den Kreisen der Rechtsparteien hält man die von den Regierungsfraktionen in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht für ausreichend. Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei und des Bayrischen Bauernbundes haben daher neue Anträge eingebracht, in denen, über das Regierungsprogramm hinausgehend, die Erhöhung des Weizenzolles bis zu 20 Mark und die Erhöhung der Zölle für die übrigen Getreidearten bis auf 15 Mark gefordert wird. Ferner beantragten die Rechtsparteien die Erhöhung des Zuckerzolls auf 35 Mark und des Zollsatzes für Maltakartoffeln auf 30 Mark.

# Steuer-Kampf eröffnet.

**— Kürzung der Beamtengehälter? —**

— Berlin, den 19. März 1930.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung in erster Lesung mit den vom Reichsrat verabschiedeten Finanz- und Steuergesetzen. Es handelt sich um die Aufbringungsumlage für 1930, die Benzin- und Benzolvorlage, die Vorverlegung der Termine für die Entrichtung der Zucker- und Tabaksteuern, um die Erhöhung der Biersteuer und die Einführung einer Mineralwassersteuer.

Vor dem Beginn der Steuerdebatte wurde der Antrag der Regierungsparteien auf **öffentliche Bekanntmachung der Kundgebung des Reichspräsidenten zur Inkraftsetzung der Younggesetze** verhandelt. Der Antrag wurde mit 218 Stimmen der Regierungsparteien gegen 130 Stimmen der Rechten bei 26 Enthaltungen angenommen.

In Ausführung des Reichstagsbeschlusses wird die Kundgebung des Reichspräsidenten von Hindenburg nunmehr im Verlaufe der nächsten Tage in den Städten und Dörfern öffentlich angeschlagen werden.

*

In der Debatte über den Anschlag der Kundgebung des Reichspräsidenten erklärte Abg. Dr. **Oberfohren** für die Deutschnationale Volkspartei, seine Partei sehe in dem Antrag auf Plakatierung der Kundgebung einen parteipolitischen Versuch, Hindenburg die Verantwortung zuzuschieben, das Staatsoberhaupt in den Parteikampf hineinzuziehen und sein weltgeschichtliches Ansehen für Parteizwecke auszunutzen. Redner schloß seine Erklärung mit den Worten: Von unserer Ueberzeugung, daß der Herr Reichspräsident in seiner Kundgebung von einer irrigen Auffassung der gesamten Lage und der Folgen des Youngplans ausgeht, können wir uns auch nicht durch die Gefühle der Verehrung abbringen lassen, die wir seiner historischen Persönlichkeit schulden. Unser „Nein“ gilt dem gekennzeichneten Charakter des Antrages der Koalitionsparteien.

Nachdem Abg. **Stöcker** (Komm.) gegen die Kundgebung gesprochen hatte, stimmte Abg. **Drewitz** (Wirtschp.) der Mahnung Hindenburgs zur Einigkeit zu. Den Anschlag der Kundgebung lehnte Redner aus Ersparnisgründen ab.

Abg. **Hepp** (Christl.-Nat.) erklärte, seine Partei stehe tief erschüttert vor der Tatsache, daß Deutschland auf Generationen wirtschaftlich versklavt worden sei. Die Plakatierung der Kundgebung des Reichspräsidenten sei nicht geeignet, die Mahnung des Reichspräsidenten, parteipolitische Gegensätze zurückzustellen, zu erfüllen. Da die Autorität des Reichspräsidenten mißbraucht werden solle, lehne seine Partei die Plakatierung ab.

Abg. **Strasser** (Nat.-Soz.) erklärte, Hindenburg sei der Stabilisierungsfaktor der Republik geworden. Die deutsche Befreiung werde durch den Youngplan um Jahrzehnte hinausgeschoben. Der Sozialdemokrat Dittmann, der der Antrag auf Plakatierung der Hindenburgkundgebung mit als erster unterzeichnet habe, hätte 1917 erschossen werden müssen.

In der Beratung der **Steuergesetze** erinnerte Abg. Dr. **Rademacher** (Dntl.) an die im Dezember angekündigten Steuersenkungen in Höhe von 915 Millionen. Nichts sei von dieser Entlastung eingetreten. Vielmehr werde der deutschen Wirtschaft eine Neubelastung von 405 Millionen zugemutet. Seit Dezember betrage die absolute Neubelastung der Steuerträger sogar 925 Millionen. Auch für 1931 werde sich nicht die Möglichkeit einer erheblichen Steuersenkung ergeben. Der Redner schilderte dann die Lage der deutschen Wirtschaft. Verantwortlich zu machen dafür sei die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik.

## Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

erklärte, er wolle heute nur auf die vom Vorredner aufgeworfene grundsätzliche Frage eingehen, wie sich die jetzigen Vorlagen mit den Versprechungen aus dem vorigen Jahre vereinbaren ließen. Ich habe, so erklärte der Minister, in voller Offenheit die finanzielle Lage dargestellt und keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht. Wenn Dr. Rademacher oder ein anderer Deutschnationaler an meiner Stelle stände und einen nicht ausbalanzierten Etat und eine höchst ungünstige Kassenlage vorfände, wenn er vor der unerträglichen Situation stände, daß das Deutsche Reich pumpen muß, um nur den Ultimo zu überwinden, dann würden doch auch Sie in erster Linie darüber nachdenken, wie vor allen Dingen die Kasse saniert werden kann. Ich habe nach der Möglichkeit von Ersparnissen zu suchen und habe mich dabei gegen Ausgabenforderungen aller Parteien zu wehren. Man kann natürlich nicht einseitig auf die Arbeitslosenversicherung verweisen. Denn keiner wird es für möglich halten, die Leistungen dieser Versicherung mit einem Schlage um 300 oder 400 Millionen zu senken. Ein anderer denkbarer Weg wäre der einer entsprechenden Kürzung der Beamtengehälter, ein Vorschlag, gegen den ich mich mit größter Entschiedenheit aus staatspolitischen Gründen wende.

**Wenn Sie allerdings die Steuern nicht bewilligen wollen, dann müssen entweder die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung gesenkt oder die Beamtengehälter gekürzt werden.**

Im Auftrage des Kabinetts bin ich zusammen mit dem Reichssparkommissar damit beschäftigt, ein Ausgabensenkungsgesetz für Reich, Länder und Gemeinden auszuarbeiten. Die Arbeit hat begonnen, ob sie weitergeführt werden kann, hängt von Ihnen ab. Der Reichsrat wird morgen das Gesetz über den Finanzausgleich verabschieden. Er wird noch in dieser Woche das Gesetz zur Vorbereitung der Reichsfinanzreform behandeln, das die Steuersenkungsvorschläge enthält. Unmittelbar darauf wird er in die Beratung des Einkommensteuergesetzes eintreten. Es ist uns durchaus ernst damit, über die Sanierung der Kasse zur Entlastung der Wirtschaft zu kommen. Die letzten Beschlüsse zu Gunsten der Landwirtschaft zeigen gleichfalls den ernsten Willen der Regierung.

# Mißtrauensantrag abgelehnt.

**Abstimmungen zum preußischen Handels- und Gewerbeetat.**

**Der Preußische Landtag lehnte heute in namentlicher Abstimmung den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer in namentlicher Abstimmung mit 222 Stimmen der Regierungsparteien gegen 39 Stimmen der Kommunisten ab. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten und ein Teil der Deutschen Fraktion beteiligten sich nicht an der Abstimmung.**

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung teilte Präsident **Bartels** einen Beschluß des Landeswahlleiters mit, wonach an Stelle des verstorbenen demokratischen Abgeordneten Otto Frau Dr. Wunderlich-Charlottenburg in den Landtag berufen worden ist.

Annahme fand ein Antrag des Handelsausschusses, ausreichende Mittel für die Tätigkeit der Bergaufsichtsorgane zur Verfügung zu stellen.

Bei der Abstimmung über einen Strafverfolgungsantrag mußte Auszählung der Stimmen erfolgen, da das Ergebnis der einfachen Abstimmung zweifelhaft war. Da sich nur 202 Abgeordnete an der Abstimmung beteiligten, war das Haus beschlußunfähig.

Präsident **Bartels** beraumte auf sofort eine neue Sitzung an. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der **Aussprache zur zweiten Lesung des Fideikommiß-Gesetzes.**

In der Debatte über das Fideikommißgesetz nahmen noch Redner fast aller Fraktionen das Wort. Die Einzelbesprechung der Vorlage wurde zwecks Rückstellung der Abstimmungen zurückgestellt.

Das Haus erledigte dann die Abstimmungen zur 2. Lesung der Handels- und Gewerbeverwaltung und des Etats der Porzellan-Manufaktur und ging dann über zu den Abstimmungen über **die Verlängerung der Grundvermögensteuer. Unter Ablehnung zahlreicher Aenderungsanträge wurde, entsprechend den Ausschußbeschlüssen, die** Verlängerung der Grundvermögensteuer bis zum 31. März 1931 mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen, in gleicher Weise die der Hauszinssteuer mit 201 Stimmen der Regierungsparteien gegen 177 Stimmen der Opposition. Die 3. Beratung beider Vorlagen findet Ende März statt. Die Gewerbesteuer muß im Ausschuß noch erörtert werden.

Das Haus setzte sodann die unterbrochene Beratung des **Fideikommiß-Gesetzes** mit der Einzelaussprache fort. Angenommen wurde hinsichtlich des Stichtages, bis zu dem die Auflösung des gebundenen Besitzes erfolgt sein muß, der Antrag der Regierungsparteien, der das Jahr 1938 vorsieht. Im wesentlichen wurden sonst die Ausschußbeschlüsse bestätigt, womit die zweite Lesung des Fideikommiß-Gesetzes beendet war.

**Nächste Sitzung Dienstag, 25. März.**

:: **Demonstrationsverbot wird in Preußen aufgehoben.** Der preußische Innenminister wird das im Dezember vorigen Jahres wegen verschiedener schwerer Ausschreitungen erlassene allgemeine Demonstrationsverbot unmittelbar nach der Verkündung des vom Reichstag verabschiedeten Republikschutzgesetzes wieder aufheben.

## Lord Balfour †.

— **London**, 20. März. **Lord Balfour, einer der letzten großen Staatsmänner aus der Zeit der Königin Victoria, ist im Alter von 81 Jahren auf seinem Landsitz an den Folgen einer Magengrippe gestorben.**

*

Lord Balfour, ein gebürtiger Schotte, trat 1874 erstmals in das Unterhaus ein und wurde 1887 mit der Regierung Irlands betraut. In den Jahren 1891 bis 1892 und 1895 bis 1902 hatte Balfour die Führung der Konservativen im Unterhaus. Nach Salisburys Rücktritt wurde Balfour Ministerpräsident. 1906 gab er die Führerschaft seiner Partei auf. 1915 wurde er im Koalitionskabinett Erster Lord der Admiralität. In den Jahren 1916 bis 1919 war Balfour Minister des Aeußeren. Nach seinem Rücktritt wurde er dann Lordpräsident des Geheimen Rats. 1921 führte er die englische Abordnung auf der Washingtoner Konferenz. Im Jahre 1922 schied er nach seiner Erhebung zum Peer von England als Earl Balfour aus dem Unterhaus aus.

## Primo de Riveras Beisetzung.

**Ungeheure Beteiligung in Madrid.**

— **Madrid**, 20. März. Die feierliche Beisetzung Primo de Riveras gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung aller Schichten der Bevölkerung, die in unübersehbaren Massen dem toten Führer das letzte Geleit gaben. An der Trauerparade beteiligte sich die gesamte Madrider Garnison. Als Vertreter des Königs sah man den Infanten Fernando im Leichenzuge, außerdem das gesamte jetzige Ministerium, die Minister der Diktatur und das diplomatische Korps. Den Trauerzug umkreiste ein Fliegergeschwader. Als der Sarg in die Gruft gesenkt wurde, wurde eine Artilleriesalve abgegeben.

## Der Kampf Moskaus gegen die Kirche.

**Sowjetrussische Kundgebungen gegen den Vatikan.**

— **Kowno,** den 19. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden am Mittwoch in der gesamten Sowjet-Union Kundgebungen gegen den Vatikan und den Aufruf des Papstes abgehalten. Viele Betriebe der Sowjet-Union faßten Entschließungen, in denen erklärt wird, daß die Arbeitermassen mit der Kommunistischen Partei an der Spitze versuchen würden, die **Macht der katholischen Kirche zu vernichten.**

Wie amtlich gemeldet wird, haben verschiedene kommunistische Verbände die Veranstaltung einer Sammlung beschlossen, die dem Bau eines russischen **Militärflugzeuggeschwaders** — als Antwort an Pius XI. — dienen soll. Das Geschwader soll aus Mitteln der **Gottlosen-Verbände** erbaut werden.

## Das friedlose China.

**General Yen bildet eine Gegenregierung in Peking.**

— **Schanghai,** den 20. März. Wie aus Peking gemeldet wird, hat General **Yensischang** am Mittwoch in Peking eine neue chinesische Zentralregierung gebildet. Der Gegenregierung gehören u. a. auch die Generale **Feng** und **Wupeifu** an. Die neue Regierung wird ihren Sitz in Peking nehmen.

## Die ‚Europa' auf großer Fahrt.

Wie die erste Ausfahrt der „Bremen" wurde auch die erste Amerikareise des Schwesterschiffes „Europa" zu einem Ereignis. Von Bremen her brachte Sonderzug auf Sonderzug geladene Gäste und Schaulustige nach Bremerhaven. Jeder wollte noch einmal den Riesen „Europa" sehen, ehe er nach Amerika in See ging. Schon von weitem sah man die beiden Riesenschornsteine des Schiffes in die Luft ragen. Im Vortopp der „Europa" wehte der „Blaue Peter", das internationale Signal: „Wir gehen in See!"

Am Kai, wo sich eine unübersehbare Menschenmenge eingefunden hatte, herrschte ein beängstigendes Leben und Treiben. Tausende Hände waren fieberhaft tätig. Die Passagiere wurden eingeschifft, Gepäck wurde übernommen, und endlich lief der letzte Zug mit Passagieren ein.

**Dann ertönten drei Signale: die „Europa" war zur Ausreise fertig! Vier Schlepper zogen den Ozeanriesen in das Fahrwasser. Langsam löste sich die „Europa" vom Lande. Die Zuschauer am Ufer winkten die letzten Abschiedsgrüße zum Schiffe hinüber und dann zog die „Europa" unter den Klängen des „Muß i denn, muß i denn, zum Städtele hinaus" in das Weltmeer, geleitet von zahlreichen Fahrzeugen, die ebenso wie alle übrigen Schiffe im Hafen zu Ehren der „Europa" Flaggenschmuck angelegt hatten. Langsam verschwand die von Möven umkreiste „schwimmende Stadt" den Blicken der Zuschauer.**

Von den Ehrengästen, die sich zur Ausfahrt der „Europa" eingefunden hatten, seien genannt: der preußische Ministerpräsident Braun, der Pressechef der Reichsregierung Dr. Zechlin, die Industrieführer Krupp von Bohlen und Halbach, Hantel, Dr. Vögler, Klöckner, Dr. Silverberg, der Präsident des Norddeutschen Lloyd, Heinecken, die Generaldirektoren Stimming und Gläßel, der Präsident des Senats, Dr. Donandt sowie eine Reihe Senatoren.

## Studientagung zur Judenfrage.

Die vier Judenmissionsgesellschaften Deutschlands und der Schweiz veranstalteten vom 3. bis 5. März ihre 5. Studientagung zur Judenfrage, diesmal in Stuttgart. Am Begrüßungsabend ergriff u. a. Kirchenpräsident D. Wurm das Wort und wünschte der Tagung den Geist der Sachlichkeit, die weder beschönigt noch verzerrt, die das Prinzip nicht opfert um der Person willen und die Person nicht verdammt um des Prinzips willen. Zu den Verhandlungen waren neben den zahlreichen Studierenden auch Vertreter der evangel.-theologischen Fakultäten und des Judentums erschienen. Hervorragende Referenten bestritten die Vorträge. Professor D. A. Schlatter-Tübingen arbeitete mit der bei ihm gewohnten Originalität, Tiefgründigkeit und Geistesschärfe „Die neutestamentliche Regel für den Verkehr des Christen mit dem Juden" heraus. Der in Stuttgart von seinen Religionsgesprächen her bekannte Dr. Martin Buber-Heppenheim als Vertreter des modernen gläubigen Judentums zeichnete die Seele des Judentums. Studienrat Dr. Köberle-Leipzig die Seele des Christentums. Prof. D. Jeremias-Greifswald gab in seinem Vortrag über den „leidenden Messias" einen interessanten Ueberblick über die antiken Passionsmythen und -kulte, die in den messianischen Weisagungen vom leidenden Gottesknecht im vorchristlichen Judentum ihre klassische Vertiefung und in Jesus ihre Erfüllung fanden. Prof. Dr. Ehrenberg-Bochum beendete die Vortragsreihe mit der Behandlung der Frage: „Warum haben die Juden Jesus gekreuzigt?" Zwischen den Vorträgen fanden lebhafte Aussprachen statt, bei denen auch Juden das Wort ergriffen. Den Abschluß bildeten Vorträge über die Arbeit an den Juden in verschiedenen Kirchen Stuttgarts und ein Aussprachеabend über den Antisemitismus für die akademische Jugend, für den Pfarrer Gerhardt-Basel die Leitsätze aufgestellt hatte.

## Verschiedenes.

**26-prozentige Aufwertung von Versicherungsansprüchen.**

Kürzlich konnten wir einen Auszug aus dem vom Treuhänder der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen aufgestellten Teilungsplan für die Aufwertung bringen. Heute können wir mitteilen, daß dieser Plan, da Einsprüche nicht erhoben worden sind, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde (Oberpräsident der Provinz Westfalen) gefunden hat. Hierdurch ist der Plan verbindlich geworden, und es kann nunmehr die Anstalt das Aufwertungsergebnis für die einzelnen Berechtigten berechnen und ihnen mitteilen.

## Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Lage. Nachrichten von der Ingenieurschule Technikum Lage (Lippe).** Der Unterricht im Sommersemester beginnt am 29. April 1930. Aufgenommen werden junge Leute mit einer mindestens einjährigen praktischen Tätigkeit in dem Fachgebiete, in dem sie sich zum Ingenieur ausbilden lassen wollen. Für diejenigen, die nicht das Einjährige (Obersekundareife) oder eine ähnliche Vorbildung besitzen, wird an der Anstalt ein Vorbereitungsunterricht erteilt, durch den alle Interessenten mit geringerer Vorbildung im ersten Halbjahr soweit vorgebildet werden, daß sie den Lehrgängen in der Ingenieurschule gut folgen können. Auf Anfrage wird der ausführliche Lehrplan kostenfrei zugesandt. Weiter ist das Sekretariat gern bereit, über eventuelle Unklarheiten beim Ingenieurstudium Aufklärung zu geben. Es ist zu raten, sich schon jetzt an das Technikum Lage zu wenden, da dadurch die Aufnahme in der immer stark besetzten Anstalt und eine gute Unterbringung in der Stadt Lage gesichert wird.




**Für die Hausfrau von heute**

sind stets Nährwert und Qualität entscheidend.
Nehmen Sie statt Butter nur **Fri-Ho-Di-Süssrahm-Margarine,** damit werden Sie immer zufrieden sein.

Beim Einkauf von 1 Pfd. Fri-Ho-Di erhalten Sie kostenlos das interessante Unterhaltungs-Spiel „Die Mondrakete", eine abenteuerliche Fahrt von der Erde zum Mond.

½ Pfd. 60 Pfg. **Fri-Ho-Di**

**Gemüse-, Feld- u. Blumensamen**

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. – Blütenstauden usw.

**Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.**

Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

**Zur Konfirmation**

möchten wir heute eine bescheidene Gabe anbieten. Im vorigen Jahr hatten wir ein Büchlein hinausgesandt:

**„Unverzagt und ohne Grauen".**

Mit seinen Sprüchen und Gedichten, Betrachtungen und Erzählungen wollte es jungen Menschen den Herrn Jesus Christus als besten und treuesten Geleitsmann zeigen. Die freundliche Aufnahme, die das Büchlein gefunden hat, ermutigt uns, es auch in diesem Jahr als Gabe zur Konfirmation anzubieten.

Mit ihm zugleich erscheint ein zweites Büchlein

**„Unter Gottes Augen".**

War das erste durch seinen Inhalt und die Illustrationen mehr für Konfirmanden und ältere Knaben geeignet, so soll dieses neue für Konfirmandinnen und junge Mädchen sein. Es möchte ihnen den Weg zeigen zur wahren Schönheit und Reinheit. Es möchte ihnen Hilfe leisten beim Suchen der rechten Freude.

Beide Büchlein sind reich und gut illustriert. Sie kosten je 25 Pfennige; bei Sammelbestellungen sind sie billiger. Einzelne Exemplare zuzüglich 8 Pfg. Porto. Alle Anfragen und Bestellungen sind zu richten: An die

**Schriftenniederlage der Anstalt Bethel, Bethel b. Bielefeld**
Postscheckkonto Hannover Nr. 49057

**Fräulein**

christl., welches nähen kann, treu und ehrlich ist, in kleinen Haushalt nach der Schweiz gesucht. Schlicht um schlicht. Mit Fam.-Anschl. Offerten mit Bild an die Geschäftsst. d. Bl. unt. A 6321.

Für eine Abteilung von durchschnittlich 12—14 Knaben im Alter von 13 und 14 Jahren suchen wir einen in Spiel und Sport geübten und in prakt. Arbeit erfahrenen, christlich gesinnten

**Erzieher.**

Angebote mit Lebenslauf, Referenzen, Gehaltsansprüchen und Lichtbild erbeten an

**Ev. Kinderheim Godesheim bei Godesberg a. Rh.**

Wir suchen zum 1. Mai 1930 eine erfahrene selbständige

**Mitarbeiterin**

für eine kleine **Wäscherei** mit Maschinenbetrieb in unserem Mädchenschutzheim.

**Deutsche Mitternachtsmission, Hamburg,** Alexanderstr. 21/23.

Suche zum 1. Mai wohlerz. tüchtiges

**junges Mädchen**

für alle häusl. Arbeiten in Landpfarre bei Familienanschl. Angabe über Lohn, Alter und bish. Tätigkeit.

**Frau Pfarrer Conradi, Großkugel bei Gröbers**
(Bez. Halle)

Der schönste und modernste

**Blumenschmuck**

für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unstreitig meine echten oberbayrischen

**Gebirgs-Hängenelken**

Versand überallhin. Illustr. Preisliste gratis und franko.

**A. Gnadl,** Versandgärtnerei
**Trudering 461 (Oberb.)**

Langjährige Heimleiterin sucht baldigst solchen oder ähnlichen

**Wirkungskreis**

Gute Zeugnisse und Empfehlung. Angebote unter **100, Lippstadt i. Westf.,** Wiedenbrückerstraße 26.

**Zur Konfirmation**

preiswerte

**Konfirmandenschuhe**

in großer Auswahl

**Krämer & Schlingmann, Bielefeld**
Ecke Obern- und Niedernstraße.

Ausbildung von

**Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen**

im Erziehungs-Seminar der Düsseltaler Anstalten

in 2-jährigem Lehrgang mit staatlicher Abschlußprüfung. — Auf 16 Schülerinnen beschränkte Zahl der Jahrgänge sichert sorgfältige theoretische und praktische Durchbildung und inniges Gemeinschaftsleben. — Neuaufnahmen Ostern 1930. — Vorbedingungen: Vollbesuch mindestens des Lyzeums – Alter ab 19 Jahre — auf evangelische Frömmigkeit gegründete Liebe zum Dienst an Jugend. — Regelpreis für Pension und Unterricht monatlich 75 Mark. — Eingehender Prospekt wird auf Wunsch zugesandt.

Anmeldung mit Lebenslauf, Zeugnissen, amts-ärztlichem Gesundheitsschein und Angabe evg. Auskunftspersonen an

**Direktor Pfr. Schlegtendal, Düsseldorf**


## Aufwärtsleser am Niederrhein!

Volksabend der Evangelischen Arbeitervereine Hombergs und des Evangelischen Bundes am Sonntag, den 23. März, im Saale des Evangelischen Gemeindehauses Homberg a. Niederrhein, Wilhelmstraße, abends 7½ Uhr.

Vortrag:

**„Wie kann reformatorischer Glaube unter uns wieder neu werden?"**

(Pastor Wilm-Bethel.)

Der Schriftleiter des „Aufwärts", Herr Kraa, spricht über: **„Evangelische Pressearbeit".**

Aufwärtsleser sind besonders eingeladen.

H. Bonnekamp, Lehrer.

## Bethel.

— **Blaukreuz-Verein Bethel.** Donnerstag abd. 8½ Uhr **Blaukreuzstunde** im Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.

— **Christlicher Verein junger Männer.** Heute 8¼ Uhr Jungvolk-Abend. (Dienst A. Hoffmann und P. Albrecht).

Freitag abend 8¼ Uhr Bibelstunde über 1. Petri 2, 1 ff. (Herr Pastor Lic Vischer).

— **Oratorienchor.** Am Sonntag Lätare soll im Gottesdienst ein neu eingeübter Chor gesungen werden. Die letzten Uebungen litten sehr durch das Fehlen von Männerstimmen. Es wird nun gebeten, daß sich für die beiden nächsten Proben (Donnerstags) die Tenor- und Baß-Sänger ganz vollzählig zur Verfügung stellen.


Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.